

Fadegrad



von
Roland Scheck

Internetzensur

Im vergangenen Sommerloch hat sich einmal mehr meine Lieblingsgralshüterin des Guten zu Wort gemeldet. Martine Brunschwigg Graf, ihres Zeichens Präsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR). Die ehemalige FDP-Nationalrätin ist uns im letztjährigen Sommerloch schon aufgefallen, als sie verkündete, dass sie ein Papier über angeblich rassistische Äusserungen von Volksvertretern erstellen lasse. Im Fokus stehen – wie könnte es auch anders sein – SVP-Politiker. Bei allem gutmenschlichen Anspruch: Wer Listen über Menschen führt, deren Meinung einem nicht genehm ist, betreibt in Tat und Wahrheit eine Gesinnungsficherung (vgl. «Der Zürcher Bote» vom 25.10.2013). Mit der Meinungsfreiheit scheint sich Frau Brunschwigg Graf allgemein etwas schwer zu tun. Nun fordert sie eine weitere Massnahme zu deren Einschränkung und sagt den Sozialen Medien wie Facebook den Kampf an. Nach Einschätzung von Frau Brunschwigg Graf gäbe es eine Zunahme an rassistischen und antisemitischen Kommentaren auf Facebook und in Online-Kommentaren. «Wir haben einen Punkt erreicht, wo die Behörden aktiv werden müssen», konstatiert sie und droht, dass es inskünftig mehr Strafanzeigen geben würde. «Wir müssen dafür sorgen, dass Anzeigen auch etwas bewirken». Immerhin scheint man in der EKR-Zentrale gemerkt zu haben, dass sich das World Wide Web nicht automatisch nach den Moralvorstellungen einer Frau Brunschwigg Graf richtet. Deshalb verlangt sie vom Bund, dass er das Gespräch mit Facebook suchen soll, damit die Plattform schneller auf verbale Entgleisungen reagiert. Ziemiich unrealistisch. Doch wenn man sich den Schwank vorstellt, wie Bundesrätin Sommaruga den Facebook-Gründer Mark Zuckerberg in ihr Büro zitiert, hat dies durchaus Potential zum Schenckelklopper des Jahres. Und wenn Facebook einmal diszipliniert ist, geht die Arbeit gleich weiter. Allein die 21 grössten sozialen Netzwerke haben insgesamt über 5.7 Milliarden Nutzer. Nach der Gesinnungsficherung die Internetzensur. «Je suis libérale!» proklamiert Frau Brunschwigg Graf auf ihrer Webseite. Hierbei reizt sie die Freiheiten des Internets ebenfalls gehörig aus, denn wer Andersdenkende mit Fischen und Zensur bekämpfen will, sollte sich mit solchen Plattitüden etwas zurücknehmen. Niemand befürwortet verbale Entgleisungen. Aber alle Symptome haben eine Ursache. Anstatt Facebook Anweisungen zum Betrieb der Plattform zu geben, wäre es wahrscheinlich zielführender, wenn die EKR den Bundesrat auffordern würde, vermehrt auf die Stimmen und Sorgen der Bevölkerung zu hören und Volksabstimmungen zu respektieren. «Je suis libérale!». Und immer schön bei der Wahrheit bleiben, Frau Brunschwigg Graf. Bis zum nächsten Sommerloch.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Genf als Vorbild?

Wer in Zürich eine preisgünstige Wohnung sucht, hat es schwer. Die Abstimmungsempfehlung des Gemeinderats geht aber in die falsche Richtung, denn statt das Problem zu lösen, schafft sie neue.



Stefan Urech
Gemeinderat SVP
Zürich 4/5

Für die Linken im Zürcher Gemeinderat hat die in der Bundesverfassung verankerte Eigentumsgarantie keinen grossen Wert. Hausbesitzer werden geduldet und auch nach erwiesenen Sachbeschädigungen von der Polizei mit Samthandschuhen angefasst. Von den Chaoten, die im Kreis 7, in der Binz und kürzlich im Labitzke Areal während Wochen fremdes Eigentum besetzten, sind nur wenige verhaftet und praktisch nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Die Randalierer, die am diesjährigen 1. Mai einen Sachschaden an privatem Eigentum von über 150 000 Franken angerichtet haben, sind der Zürcher Polit-Elite kein grosser Dorn im Auge. Als unser Fraktionspräsident Mauro Tuena die alljährlich am 1. Mai wiederkehrenden Schäden an privatem Gut kritisierte, erntete er von den gegenüber sitzenden Gemeinderäten nur hämischen Gelächter.

An diesem Mittwoch hat der Zürcher Gemeinderat abermals seine eigentumsfeindliche Haltung unter Beweis gestellt, diesmal im Zusammenhang mit der Bau- und Wohnpolitik. Es ging um eine Abstimmungsempfehlung zur kantonalen Vorlage «Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum» vom 28. September 2014. Solche Abstimmungsempfehlungen zu nicht städtischen Vorlagen sind äusserst unüblich. Trotzdem erzwang die linke Ratsmehrheit eine Diskussion darüber und empfiehlt nun dem Stimmbürger, diese Vorlage anzunehmen. Leider hat vorgängig auch eine äusserst knappe Mehrheit des Kantonsrats (88:84) diesbezüglich die Ja-Parole herausgegeben.

Kontraproduktiv

Das Ziel dieser kantonalen Vorlage ist die Förderung von preisgünstigem Wohnraum. Zu diesem Zweck soll die Gemeinde zukünftig den Eigentümern bzw. interessierten Bauherren nach Umzonungen für einen Teil ihrer Liegenschaft einen maximalen Mietzins vorschreiben können. Das sieht vordergründig nach einer willkommenen Hilfestellung für jeden Wohnungssuchenden aus. Die Problematik, dass die Mieten in den Städten immer höher und für den Mittelstand teils unbezahlbar geworden sind, haben auch die bürgerlichen Parteien erkannt. Der Wohnungsbau kann in den Städten (nicht nur in Zürich!) wegen der nur beschränkt vermehrbaren Fläche, mit der wachsenden Nachfrage nicht Schritt halten, was stets steigende Mietzinse zur Folge hat. Man muss schon beide Augen verschliessen, um nicht zu erkennen, dass die rasant zugenommene Nach-

frage nach Wohnungen in den Städten zu einem grossen Teil durch die uneingeschränkte Masseneinwanderung ausgelöst worden ist. Doch statt die Einwanderung auf ein vernünftiges Mass einzupendeln, soll nun ein weiterer Eingriff in die Marktwirtschaft, einen Pfeiler unseres Wohlstands, vorgenommen werden. Dieser Weg wird aber keine Abhilfe verschaffen, im Gegenteil, er wirkt sogar kontraproduktiv. Ein solcher Eingriff in das Eigentumsrecht schreckt Investoren vom Bau neuer Wohnungen ab, was die Mieten tendenziell eher steigen als sinken lässt und bläht die jetzt schon überbordende Bürokratie im Bauwesen sowohl für die privaten Investoren wie auch für die betroffene Gemeinde weiter auf. So müssten beispielsweise fortan der Mietzins und jede Änderung im Grundbuch eingetragen werden (natürlich jedes Mal gebührenpflichtig). Die Gemeinde müsste eine Art Mietzinspolizei einführen, die regelmässig die betroffenen Liegenschaften abklappert, um zu kontrollieren, ob der gesetzlich erlaubte Höchstzins nicht überschritten wird.

Genfer Genossen

Schlimmer noch als in Zürich herrscht in Genf seit längerem eine prekäre Wohnsituation. Marco Salvi, der im Auftrag von Avenir Suisse eine Studie zur Genfer Wohnungssituation leitete, kommt zum Schluss: «Besonders stark behindert wird der Bau neuer Wohnungen durch die staatliche Fixierung der Bodenpreise bei der Umzonung von Landflächen und die daran gekoppelten Bestimmungen, welche die Festsetzung der Mietzinse der auf solchen Grundstücken erbauten Wohneinheiten regeln.» Salvi rät den Genfern, den Baumarkt wieder freier spielen zu lassen, um die Investoren zu motivieren, in dieser Stadt zu investieren. Dazu gehöre der Abbau der sozialistischen Vorschriften und der ausufernden Bürokratie, also genau das, was der Zürcher Gemeinderat jetzt ausbauen will. Zwar gibt die Stadt Zürich vor, das Verwaltungswachstum zu stoppen, der Trend geht aber, nicht zuletzt auch mit der Umsetzung dieser Vorlage, in die entgegengesetzte Richtung.

Falscher Weg

Selbstverständlich darf das Recht auf Eigentum, wie andere Grundrechte auch, eingeschränkt werden, allerdings nur, wenn dies durch ein öffentliches Interesse gerechtfertigt wird. Im Falle der immer wieder geduldeten Hausbesetzungen, den 1. Mai-Krawallen, bei der die Stadt jeweils beide Augen zudrückt, fehlt diese Voraussetzung aber klar. Bei der kantonalen Vorlage für einen Mindestanteil von preisgünstigem Wohnraum scheint das öffentliche Interesse zwar vordergründig gegeben, wird aber in der Praxis das Gegenteil bewirken.

Parole SVP Stadt Zürich

Objektkredit von 81,359 Mio. Franken für den Neubau der Hochbauten (Eissportanlage) und die Erneuerung der Badeanlage im Sportzentrum Heuried

JA

Veranstaltung der SVP 10

Besuch im Polizeimuseum der Stadtpolizei Zürich

Im Polizeimuseum der Stadtpolizei Zürich im Parkhaus Urania sind Ausrüstungsgegenstände, Polizeiuniformen, Waffen, Funkgeräte oder handgeschriebene Polizeirapporte ausgestellt. Eine Fotoausstellung ab 1855 dokumentiert die Polizeiarbeit aus der Anfangszeit. Die Exponate zeigen die Entwicklung der Stadtpolizei Zürich. Sie geben Einblick in die Geschichte von der Niederen Polizei, den Stadthurenbesorgern und Rufenden Nachtwächtern bis hin zum heutigen Polizisten. Zusammen mit dem Kurator des Museums zeigen die Kantonsräte Rolf Stucker und Bruno Amacker den Gästen die Ausstellung und erläutern die Arbeit der Polizei. Die Führung dauert ca. 1½ Stunden, Platzzahl beschränkt. Anmeldung bitte an Rolf Stucker, am Wasser 56, 8049 Zürich oder per Mail: sturova@bluewin.ch

Ort: Polizeimuseum, Parkhaus Urania, Gittertüre rechts des Cafés

Datum: Donnerstag, 25. September 2014

Zeit: 19.00 Uhr (pünktlicher Beginn), anschliessend Apéro

LESERBRIEF

Fall Seco: Fehlbarer Beamter nutzte Machtvakuum aus

Mit der Aufarbeitung der Bestechungsaffäre im Beschaffungswesen rund um das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) kommt etwas Licht in den desaströsen Zustand dieser Abteilung. Wir erinnern uns, nicht die Kontrollinstanzen der Bundesverwaltung haben den Fall aufgedeckt, sondern die Zeitungen «Tages-Anzeiger» und «Bund». Als ehemaliger Leiter der Internen Revision (Inspektorat) eines grösseren Konzerns lese ich den Artikel so, als würden die Chefs im Seco ihren Berufsalltag am Ort einer Abgeschiedenheit und Unberührtheit verbringen.

Für sie war nur wichtig, dass die Rechensysteme irgendwie funktionieren, innerhalb von fetten Budgets. Und wenn etwas dummm glauben ist, kommt der oberste Chef, in diesem Fall BR Schneider-Ammann und erklärt: «Die moralische Verantwortung trägt die gesamte Hierarchie. Ich zähle mich dazu.» So läuft es in Bundesbern ab. Ob er gemerkt hat, dass er mit einer solchen Aussage den beiden – für diese Aufgabe ungeeigneten – Vorgesetzten des korrupten Ressortleiters eine willkommene «Absolution» erteilt hat?

Nach meinem Kenntnisstand müssten – nebst dem Ressortleiter – auch die untätigen direkten Vorge-

setzten, die einen derartigen Bestechungsfall erst ermöglichten, sofort entlassen werden. Liegt da nicht ungetreue Geschäftsbesorgung vor? Das betrifft zum einen den ehemaligen Leiter des Bereiches Arbeitsmarkt und Arbeitslosenversicherung, aber auch Serge Gaillard, der von 2007 bis 2012 die Direktion für Arbeit im Seco leitete. Während sich ersterer per Ende Jahr frühpensionieren lässt, wurde Serge Gaillard (früherer Gewerkschaftssekretär) zum Direktor der Eidgenössischen Finanzverwaltung befördert. Entspricht eine solche unverständliche Massnahme dem «Modus Operandi» im Bundeshaus oder ist sie vielmehr eine weitere Gefälligkeit von BR Eveline Widmer-Schlumpf gegenüber den Linken?

Dass sich mit solcherart Problemlösungen im Beschaffungswesen in Bundesbern inskünftig viel ändert, bezweifle ich. Zudem wurde kürzlich ruchbar, dass ein vor Jahren beschlossenes neues Vertragsmanagement-Tool (Verantwortlich: Justizdepartement) sich weiter verzögert. In der Bundesverwaltung gibt es – über alle Departemente – derzeit rund 2500 Dienstleistungsverträge mit einem Volumen von 3,3 Milliarden Franken.

Karl Meier-Zoller, Effretikon

Einladung zum Seemer Dorfet

(Winterthur-Seen)

Freitag bis Sonntag, 5. bis 7. September 2014

Die SVP Seen
freut sich auf Ihren Besuch im

Wyystübli

an der Werdstrasse in Winterthur-Seen

Treffen Sie alte Bekannte, oder gewinnen Sie bei unseren ausgesuchten Weinen aus dem Wallis und der Umgebung neue Freunde. Als «Unterlage» gibt es die bereits traditionellen «Militär»-Käseschnitten oder Bauernspeck und Bauernschüblig, natürlich mit Bauernbrot sowie unverdorbene bodenständige Gerstensuppe

Das SVP Wyystübli-Team und Festwirt
Kantonsrat René Isler, Winterthur

Noch mehr
Vorschriften
und
Bürokratie?

NEIN
zur Änderung Planungs-
und Baugesetz

EDP
KSV
VZ
www.pbg-aenderung-nein.ch